

Verantwortl. Redakteur: N. S. Köhler in Stettin.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.

Anzeigen: die Zeilzeile oder deren Raum im Morgenblatt

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstejn & Vogler

Die Trauerfeier in Wien.

Wien, 27. Februar. Die Leichenfeier für den Feldmarschall Erzherzog Albrecht gestaltete sich zu einer überaus imposanten Trauerkundgebung der ganzen Monarchie.

Die Leichenfeier nahmen Theil: Der Kaiser und sämtliche Mitglieder des Kaiserhauses mit dem gesamten Hofstaate, von fremden Fürstlichkeiten Sr. Majestät der Kaiser Wilhelm, der Herzog von Ostia, Großfürst Wladimir von Rußland, Herzog Albrecht und Prinz Nikolaus von Württemberg, die Prinzen Georg und Friedrich August von Sachsen, Erbprinz Georg Wilhelm von Luxemburg, die Prinzen Wilhelm, Friedrich und Albrecht von Schaumburg-Steippe, Prinz Friedrich von Weiningen, Prinz Arnulph von Bayern, Erbprinz Friedrich von Baden, ferner in Vertretung der Königin-Regentin von Spanien

Vor 3 Uhr versammelten sich der Kaiser mit den fremden höchsten Herren und den Erzherzogen im Audienzzimmer des Cerimonien-Appartements, von wo sie sich um 3 Uhr in die Hofburg-Parkkirche begaben. Nach der Einsegnung der Leiche durch den Hofburgpfarrer Mayer wurde der Sarg durch Kammerdiener vom Schabette herabgehoben und in den Schweifherd getragen. Dem Sarge folgten der Kaiser mit den höchsten Herrschaften und die fremdländischen Offiziersdeputationen. Nachdem der Sarg auf den mit sechs Schimmeln bespannten roten Leichenzug gehoben worden war, setzte sich um 3 1/2 Uhr der Leichenzug unter dem Gelächte der Kirchthurmglöcker in Bewegung.

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. Wie bereits gemeldet, ist der kommandierende Admiral Freibaur v. d. Goltz sehr schwer erkrankt. Vor etwa 8 Tagen wurde er von der Influenza befallen, am Sonnabend, 23., trat eine Lungenentzündung hinzu; die Nacht zum Montag war recht schlecht, dann stellte sich eine leichte Besserung ein, dieselbe hielt jedoch nur für wenige Stunden an. Im Laufe des Dienstags Nachmittags verschlimmerte sich das Befinden des Admirals zusehends, in der 10. Stunde wurde der Zustand des Freiherrn v. d. Goltz als besorgniserregend bezeichnet. Am Laufe des Dienstags Abends wurden außer den behandelnden Ärzten noch zwei Professoren zur Konsultation herbeigeholt. Eine Blutentziehung sollte noch in dieser Nacht beim Admiral vorgenommen werden. Frhr. v. d. Goltz ist am 18. April 1853 zu Königsberg i. Pr. geboren.

Die Tabaksteuerkommission wird ihre Arbeiten erst beginnen, nachdem sich das Ergebnis der Verhandlung der Budgetkommission über den Etat übersehen läßt, was immerhin noch 14 Tage dauern kann.

Der Provinziallandtag für Ostpreußen hat mit 44 gegen 23 Stimmen den Antrag seiner Kommission angenommen, für Ostpreußen eine Landwirtschaftskammer mit dem Sitz in Königsberg zu errichten.

Von der Budgetkommission des Reichstages sind im Etat der Marineverwaltung insgesamt rund 4,396,000 Mark gefordert. Davon entfallen 746,000 Mark auf die fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats, 2,650,000 Mark auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und 1,000,000 Mark auf den außerordentlichen Etat. Im ordentlichen Etat der einmaligen Ausgaben ist die Forderung für Herstellung von Torpedobooten in Höhe von 24 Millionen und im außerordentlichen die erste Bauacte eines großen Linsenbocks auf der Wert zu viel gefordert.

Es ist schon mitgeteilt, daß die Verluste an Menschenleben, welche der Weihnachtsturm des vorigen Jahres für unsere Hochseefischer herbeigeführt hat, den Gedanken einer besonderen Einziehung des Seefischerzweiges in die Unfallversicherung nahegelegt haben. Es empfiehlt sich eine solche nicht bloß deshalb, weil die materielle Noth der Hinterbliebenen dann eher als bisher gebühert oder ganz gehoben werden könnte, sondern auch weil durch den berufsgenossenschaftlichen Zusammenschluß die Unfallfälle besser verputzt werden könnten. Gegenwärtig ist es kaum möglich, die Seefischer zur Erreichung von Unfallversicherungsmaßnahmen zu zwingen. Und doch gäbe es der letzteren wohl manche, die Erfolg versprechen. So wird von sachverständiger Seite vorgeschlagen, daß jeder Fischdampfer und jedes Hochseefischerfahrzeug mit einem geprüften Aneroid ausgerüstet und daß von Zeit zu Zeit Vergleiche mit Normalbarometern angestellt werden sollten. Ferner wird der Erziehung anheimgegeben, ob nicht die großen Dampfer, welche sich kaum jemals durch Sturmwarnungen im Hafen selbsthalten lassen, sich dazu eignen sollten, die ihnen beim Passiren, der äußerlichen Stationen noch zugehenden Sturmzeichen anzunehmen und auf See hinauszutragen. Ein Regel an der Spitze der Dampfer würde wenigstens bei Tage allen in Sicht kommenden Segelschiffen, den Fischersloten und der Küstenfahrflotte die nahe Gefahr anzeigen. Es läßt sich nicht verneinen, daß diese Vorschläge recht beachtenswerth sind. Vielleicht ließen sie sich noch erweitern. An eine allseitige Durchführung derselben aber würde man erst dann denken können, wenn durch den zum Zwecke der Unfallversicherung erforderlichen Zusammenschluß der Seefischer ein Organ geschaffen würde, welches das Recht zum Erlass von Anordnungen auf diesem Gebiete und zur Ueberwachung der Ausführung derselben hätte.

In den verschiedenen Städten ist in letzter Zeit der Versuch gemacht, der Arbeitslosigkeit durch Errichtung städtischer Arbeitsvermittlungsinstitute in etwas zu steuern. Diese arbeitvermittelnden Organe sind bisher zu kurze Zeit in Thätigkeit, als daß über ihre Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit im Allgemeinen ein Urtheil abgegeben werden könnte. Von Interesse dürfte trotz in die Aenderung sein, welche sich über die seit dem 1. Dezember v. J. errichtete Arbeitsvermittlungsinstitute zu Eberfeld in dem oben erwähnten Jahresberichte der dortigen Handelskammer vorfindet. Danach geschieht die Vermittelung in Eberfeld mangelhaft und wird zunächst auf männliche Arbeiter beschränkt. Berücksichtigt werden in erster Linie diejenigen Personen, welche in Eberfeld ortsangehörig sind oder beschäftigungslos geworden sind. Eine Verpflichtung zur Nachweisung von Arbeit besteht für die Arbeitsvermittlungsinstitute nur insoweit, als wirklich Arbeit zu vergeben ist. Seit dem Tage der Errichtung bis zum 1. Februar 1895, also während der beiden Wintermonate Dezember und Januar betrug die Zahl der als arbeitslos angemeldeten Personen 136. Von diesen erhielten 44 Arbeit nachgewiesen; 177 Gesuche fanden durch Zurücknahme ihre Erledigung. Die Mehrzahl der Arbeitslosen betrug aus Erdarbeitern und Bauhandwerkern, welche zum weitaus größten Theile zu städtischen Arbeiten eingeweiht wurden, während nur ein kleiner Bruchtheil in Privatbetrieben Thätigkeit fand.

In Bezug auf die seitens der Kommission für Arbeiterstatistik veranlaßten Vernehmungen kaufmännischer Sachverständiger in der Frage der Einführung einer Maximalarbeitszeit im kaufmännischen Gewerbe wie in der des Schlusses der Schritte um 8 Uhr Abends ging kürzlich die Mitteilung durch die Presse, daß unter den Vernehmungen nur ein selbständiger Kaufmann sich befunden habe. Die Nachricht ist nicht zutreffend. Wie wir auf Grund zuverlässiger Informationen konstatieren konnten, waren unter den zur Sitzung der Kommission für Arbeiterstatistik zugezogenen sechs sachverständigen Zeugnissen drei selbständige Kaufleute, während außerdem als Anstaltspersonen nicht weniger als 36 selbständige Kaufleute nebst 40 Gehülften, 10 Handelsdienern und 2 Vereinsbeamten vernommen wurden.

Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz ist in Folge der neuesten Schiffsbewegungen eine wesentliche Aenderung der deutschen Kreuzer herbeigeführt worden. Seit einiger Zeit kreuzten mindestens drei Schiffe in den Gewässern von Wei-hai-wei und Chefoo. Nachdem die „Alexandrine“, Kommandant Kapitän z. S. Schmidt, Segelbode nach dem japanischen Hafen Yokohama erhalten hatte, waren seit Mitte dieses Monats der Kreuzer „Irene“, Flaggschiff des Geschwaders, Kommandant Kapitän Hoffmann, die „Arkona“, Korvettenkapitän Sarnow, und die „Marie“, Korvettenkapitän Credner, in der unmittelbaren Nähe des Kampflandes vereint. Jetzt, da die Chinesen bei Wei-hai-wei vollständig besiegt und im Süden kriegerische Bewegungen zu beschränken sind, ist nur die „Arkona“ vor Chefoo verblieben; die „Irene“ und „Marie“ sind nach südlicheren Gewässern gegangen. Die „Marie“ ist bereits am 22. Februar in Nagasaki eingetroffen und die „Irene“ hat gestern dorthin die Fahrt angetreten. Die „Alexandrine“ wird heute (25. Februar) von Yokohama nach Nagasaki in See gehen, so daß in nächster Zeit drei Kreuzer dort vereint sein werden. Offenbar hängen diese Schiffsbewegungen damit zusammen, daß in südlicheren Gegenden, wo demnächst kriegerische Bewegungen zu erwarten sind, Deutsche

und deren Eigenthum geschützt werden sollen. Voraussichtlich gehen die deutschen Kreuzer jetzt nach der chinesischen Küste. Die Kanonenboote „Boli“ und „Itis“ sind mehrfach ins Innere Chinas vorgedrungen. „Boli“ ist den Pecho und „Itis“ den Yangtsiang hinausgelauten, um die deutsche Reichsflagge zu zeigen. Die vor einiger Zeit verbreitete Meldung, daß der neue, für die ostasiatische Station ständig bestimmte Kreuzer „Sormotan“, Korvettenkapitän Brindemann, bereits auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen sei, ist unrichtig. Das Schiff verließ seit dem 15. Dezember v. J. ununterbrochen von Lorenzo Marquez, nachdem der „Seabler“ beauftragt worden, die Reparatur nach Bombay abzugeben ist. Bekanntlich dauern dort die Unruhen zwischen den Portugiesen und den Eingeborenen fort. Es wird daher geraume Zeit verstreichen, bevor der Kreuzer „Sormotan“ zur Verklärung der deutschen Seestreitkräfte und zur Ablösung eines Kanonenbootes auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen sein wird.

Die Aechtung der deutschen Einfuhr nach Großbritannien, unter dem Außengeschilde des Kampfes gegen die Konkurrenz der „Gefängnisarbeit“, wird wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen, nachdem Sir William Harcourt in der Montagssitzung des Unterhauses erklärt hat, daß jedenfalls Maßregeln getroffen werden sollen, und die Regierung nur noch nicht schlüssig geworden sei, wie im Einzelnen vorzugehen sein möchte. Die Regierung hat eben, abgesehen davon, ob ihr das Drängen der einheimischen Industrie sympathisch ist oder nicht, allen Anlaß, sich die Interessenten des heimischen Arbeitsmarktes zu erhalten bzw. zu machen, nachdem der neuliche Zwischenfall mit den kanonischen Baumwollindustriellen gezeigt hat, auf wie schwachen Füßen die Anhänglichkeit dieses bedeutenden Faktors im gewerblichen wie im politischen Leben des Inselreiches an das liberale Regime steht, wenn es sich in seiner geschäftlichen Prosperität durch Regierungsmassregeln geschädigt fühlt. Was man schon auf Andien nolens volens einige Rücksichten nehmen, so kommen dieselben doch der kontinentalen „Gefängnisarbeit“ gegenüber umso unbedeutlicher in Wegfall, als, wie schon früher betont, jeder sein Gewissen damit salbt, daß er fernerthätig erklärt, es läge ihm nichts fern, als den Lehren des Freihandels und des Waichheitstums abzuweichen zu werden.

Der deutsche Landwirtschaftsrath, der am nächsten Montag zu seiner diesjährigen Plenarversammlung zusammentritt, hat soeben den Geschäftsbericht seines Vorstandes für das abgelaufene Jahr veröffentlicht. Darin wird die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft unter Bezugnahme auf die niedrigen Getreide-, Zucker- und Spirituspreise eingehend dargelegt. Es wird weiter erörtert, daß nach der Anbahn von Handelsgewächsen keine Ausbille biete, da sich seit 1878 eine Abnahme der Anbaufläche bei den wichtigsten Handelsgewächsen vollzogen habe. Die Handelsgewächse nahmen 1893 157,000 Hektar Fläche weniger ein als 1878, und zwar hat sich Danz um 62,6 v. H., Flach um 45,5 v. H., Raps und Rüben um 41 v. H., Tabak um 15 v. H. der Fläche vermindert. Nicht gleich unzulässig, was die Preisbildung betrifft, erscheine die Lage auf dem Gebiete der Viehhaltung. Leider mache der Umstand, daß an den deutschen Viehmärkten fast durchweg nach Schlaggewicht und nicht nach Lebendgewicht gehandelt und notirt wird, es sehr schwer, ein Urtheil zu gewinnen über die dem Landwirth gegebene Viehpreise. Jedenfalls aber ergeben beispielsweise die Marktnotirungen des Berliner Viehmärktes eher eine Neigung zum Steigen als solche zum Sinken der Preise, obgleich hin und wieder starke Schwankungen auftraten. In den Jahren der Futtermittelnot haben die Landwirthe großer Gebiete Deutschlands vielfach ihr Vieh zu Schleuderpreisen hergeben müssen, und von der darauf folgenden Preissteigerung konnten nur die Wenigen Nutzen ziehen, die in der Lage gewesen waren, ihren Viehbestand nicht vermindern zu müssen. Das dem Getreidebau gegenüber verhältnismäßig günstige Bild der Viehhaltung zeigt sich freilich nicht auf die Schatzkarte, die in Deutschland noch nicht an der Grenze der rückläufigen Bewegung angelangt zu sein scheint. Wohl habe das Bestreben, an Stelle der reinen Wollschafzucht zu der Zucht auf Fleisch überzugehen, weitere Fortschritte gemacht, aber sicher seien diese nicht derart, um die durch die Verminderung des Schafbestandes und die gedrückten Wollpreise entstandenen Verluste auszugleichen, und um so weniger, als gerade in den auf Schafhaltung angewiesenen Gegenden mit leichten Weiden Fleischschafhaltung kaum eine passende Stelle finden laun. Bedenklich für die Aussichten der deutschen Viehhaltung sei die steigende Einfuhr von Vieh und Fleisch, ferner das Auftreten der zumeist vom Auslande eingeschleppten Viehsuchen. Zwar habe die Maul- und Klauenseuche an Viehthier gegenüber den vergangenen Jahren etwas nachgelassen; dafür habe sich aber die Schweinepeste als gefährliche und verlustbringende Krankheit in größerer Ausdehnung eingestellt. Allen diesen Uebelständen gegenüber sei nun ein Herabgehen der Betriebskosten nirgendwo zu verzeichnen. Die Kosten der Landwirthe haben, insbesondere in Folge der sozialpolitischen Gesetze, sich vermehrt; der Hypothekenzinssatz hat eine wesentliche Herabminderung nicht erfahren. Die Eöhne sinken nicht; bei Gesinndelöhnen ist selbst ein Steigen zu beobachten. Dabei nehmen die Schwierigkeiten der Arbeiterverhältnisse zu. Selbstständig bilden die um ihr Dasein ringenden deutschen Landwirthe nach Hilfe auf allen Gebieten aus; es ist nur ein Beweis für die Dringlichkeit, wenn heftige Bewegungen in der landwirthschaftlichen Bevölkerung sich kundgeben, und wenn Pläne und Hoffnungen ausbleiben, die vielleicht über das Ziel hinauschießen, und das Maß des praktisch Durchführbaren aus dem Auge verlieren. Die Regierung, die gesetzgebenden Körper und nicht zuletzt die landwirthschaftlichen Interessensvertretungen werden daraus den Antriebe entnehmen, die Wege zu suchen, die das schwer ringende Landwirthschaftsgerwebe aus immer unheilvoller werdender Lage herauszuführen können.

Bei den vollstürigen deutschen Eisenbahnen waren im Betriebsjahre 1893-94 im Jahresdurchschnitt im Ganzen 416,413 Beamte und Arbeiter, einschließlich der Handwerker, Lehrlinge und Frauen beschäftigt; mitbin kommt von der Bevölkerung Deutschlands durchschnittlich auf je 122 Einwohner einer, der als Beamter oder Arbeiter bei der Eisenbahn thätig gewesen ist. Gegen das Jahr 1880-81 hat eine Vermehrung der Beamten und Arbeiter um 131,855 Personen

oder um 48,34 v. H. stattgefunden. Von sämtlichen Beamten und Arbeitern entfielen auf die allgemeine Verwaltung 16,659 (12,276), auf die Bahnverwaltung 118,431 (90,744), auf die Transportverwaltung 220,434 (138,415) und auf die Werkstättenverwaltung 60,889 (43,123). Die Gesamtzahl ist also naturgemäß bei allen Verwaltungszweigen gestiegen, am stärksten, um 59,26 v. H., bei der Transportverwaltung; dagegen ist sie im Verhältniß zu den Leistungen zurückgegangen, nämlich für je 1 Million Wagenachskilometer von 34,6 auf 30,3 = rd. 12 v. H.; es ist also die gleiche Leistung mit weniger Personal ausgeführt worden. Die Besoldungen und sonstigen persönlichen Ausgaben für Beamte und Arbeiter betragen im Jahre 1893-94 im Ganzen 511,60 Millionen Mark gegen 287,71 Millionen Mark im Jahre 1880-81, sie haben mithin um 223,89 Millionen Mark = 77,82 v. H. zugenommen. Die Gesamtsumme der persönlichen Ausgaben ist hiernach beträchtlich mehr gewachsen als die Gesamtzahl der Beamten und Arbeiter, was darin seine Erklärung findet, daß die durchschnittliche Aufwendung für je beschäftigte Person von 1011 auf 1229 Mark = 21,56 v. H. gestiegen ist. Diese Steigerung läßt eine beträchtliche Verbesserung im Dienstverhältnis des Personals sowie erhöhte Zahlungen für Unterstützung, Pensionen, Krankentafeln u. s. w. erkennen.

Mitona, 26. Februar. Eine Versammlung der deutschen Küstenschiffer, die heute Nachmittag hier tagte, faßte, unter Mitwirkung der anwesenden Abgeordneten Lorenzen, Schall und Hahn, eine Resolution gegen die Schädigung deutscher Küstenschiffer durch die ausländischen, insbesondere durch die niederländische Konkurrenz. Die Resolution soll der Innenschiffahrt-Kommission unterbreitet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Februar. Da Sr. Majestät der deutsche Kaiser an dem morgigen Hofmahl theilnimmt, wird das Diner bei dem deutschen Botschafter Grafen zu Eulenburg nicht stattfinden.

Wien, 26. Februar. Heute Abend 6 Uhr fand beim Kaiser ein Familien-diner in der Hofburg statt. Derselben wohnten bei: Sr. M. der Kaiser Wilhelm, Großfürst Wladimir, der Herzog von Ostia, die übrigen fremden Fürstlichkeiten, die Erzherzoge und Erzherzoginnen, Kaiser Franz Josef trug preussische Uniform, Seine Majestät der Kaiser Wilhelm österreichische Husaren-Uniform. Kaiser Wilhelm stieg heute Mittag den Erzherzogen und den fremden Fürstlichkeiten Besuche ab und empfing Nachmittag die Gegenbesuche. Prinz Georg von Sachsen reiste Abends 9 1/2 Uhr nach Dresden zurück.

Rußland.

Die vom 21. datirte Petersburger Meldung der „Pol. Kor.“ über den letzten Studentenstreik in Petersburg lautet:

Letzte Nacht kam es vor dem Restaurant Pallin auf dem Newsky-Prospekt zu bedauerlichen Studentenunruhen. Gestern, nach der allfälligen üblichen Preisvertheilung an der hiesigen Universität, begab sich ein Theil der Studenten in verschiedene Restaurants und Kaffeehäuser, um sich daselbst zu vergnügen. Den Abend verbrachten die Studenten in den Theatern der Hauptstadt. An allen diesen Orten benahmen sie sich sehr lörmend und erregten dadurch den Unwillen des übrigen Publikums. Im Zirkus Michael kam es sogar zu einem peinlichen Aufruhr zwischen einem Dragonerleutnant und einem der Studenten. Dieser hatte eine Dame, welche der Lieutenant am Arme führte, beleidigt, worauf der Offizier ein Säbel zog und den Studenten schwer verwundete. In einem Theater sties ein Student in seinem Lebermüthe auf die Bühne und konnte von den Schauspielern nur mit Gewalt zum Verlassen derselben gezwungen werden. In mehreren anderen Vergnügungsorten erregten die Studenten dadurch Skandal, daß sie ihre Reche nicht bezahlten. Ihren Sipsel erreichten die Unruhen jedoch vor dem Restaurant Pallin, wo sie, ungefähr 300 an der Zahl, gegen 3 Uhr Morgens anlangten, als dasselbe bereits geschlossen war. Sie wollten trotzdem mit Gewalt eindringen, und da man ihrem Begeh nicht nachgab, begannen sie die Fensterscheiben zu zertrümmern, erbrachen die Thüre und zerstörten theilweise die Einrichtung des Restaurants. Zu diesen Unthaten brach gerietzen die Studenten theilweise durch das Uebermaß von geistigen Getränken, die sie vorher genossen hatten, theilweise durch das Wüthtinnen eines abenteuerlichen Planes, den sie unmittelbar vorher auszuführen wollten. Sie beabsichtigten nämlich, vor das Anichow-Palais zu ziehen und dort aufstellung zu nehmen, um dadurch den Jaren zum Erscheinen an einem der Fenster des Palastes zu veranlassen, worauf ihm eine Kollektivdemonstration überredet werden sollte. In diesem schon seit längerer Zeit abgefaßten Schriftstück erfuhr die Studenten um Wiedereröffnung des alten Universtitäts-Reglements vom Jahre 1863, welches viel liberaler war, als das gegenwärtig in Kraft stehende, das seiner Zeit von dem Minister des Innern, Grafen Tolstoj und Kalkow, ausgearbeitet wurde. Die Polizei, welche von dem Vorhaben der Studenten benachrichtigt war, verbündete jedoch die Ausführung desselben, indem alle disponiblen Schutzmannen und ungefähr zweihundert Portiers der in der Nähe des Anichow-Palastes gelegenen Häuser in den zu demselben führenden Straßen aufstellung nahmen und alle Zugänge zu dem Palais abschnitten. Auch der Stadtpfarrer, General Wahl, erschien an Ort und Stelle und bemühte sich durch nahezu zwei Stunden, die unruhigen Studenten zur Beilegung zurückzuführen. Erst als alle seine Ermahnungen fruchtlos blieben, ja einige der aufgeregtesten Studenten sogar mit der Wiederholung ihres diesmalig wüthigsten Besuchs drohten, kam es zu einem Handgemenge zwischen der Polizei und den Unversitätsstudenten, bei welchem mehrere derselben Verwundungen erlitten und eine Anzahl der Studenten verhaftet wurde. Heute werden unter den Führern der Bewegung noch mehrere weitere Verhaftungen vorgenommen und General Wahl hat sich mit dem Minister des Innern, Herrn Durnowo, zum Jaren zur Berichterstattung über die Vorgänge der letzten Nacht begeben. Die Zeitungen haben freilich keinen Befehl erhalten, kein Wort über diese Studentenunruhen zu veröffentlichen.

Petersburg, 26. Februar. In Folge des bulgarischen Amnestiegesetzes haben sämtliche in Rußland gewesenen bulgarischen Emigranten die Heimreise angetreten bis auf Banderow, Wanlow und Gruijew, welche definitiv in die russische Armee aufgenommen sind.

Afien.

Peking, 26. Februar. Unter dem Vorstich des Kaisers wurde am Sonntag der Große Rath abgehalten. Es wurde auf dem Drahtwege unter den hohen Provinzialbeamten des Reiches vom ersten bis zum dritten Range eine Abstimmung bezüglich des Krieges bewirkt. Die drabhtlich übermittelten Antworten der Mehrzahl lauten in dem Sinne, daß, obgleich der Krieg ein ungerechtfertigter sei, der Frieden doch feynlich zu wünschen wäre, während die übrigen die Ansicht ausdrückten, daß der Frieden nur geschlossen werden könne, wenn annehmbare Bedingungen gestellt würden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. Februar. Beamtenverein und Gewerbestand. II. Wir haben bereits in unserm ersten Artikel auf die Mithimmung hingewiesen, die unter den hiesigen Gewerbetreibenden über die bisherige Steuerfreiheit des Beamtenvereins und die durch dieselbe mit veranlaßten Steuererhöhungen von Zucker, Erbsen u. s. w. herrscht. Aber man glaube nicht, daß wenn der Beamtenverein seinen Geschäftsbetrieb nur zur Gewerbesteuer anmeldet, die Mißbilligkeiten überbunden sein werden. Man verkennt in Gewerbetreibenden nicht, daß es dem Beamtenverein ein Leichtes sein werde, auch die Gewerbesteuer zu zahlen, und daß selbst wenn diese Steuererhöhungen auch aufgehoben, die Konkurrenz des Beamtenvereins sich vielleicht in anderer Weise noch weit fühlbarer machen werde als bisher.

In den Kreisen der Gewerbetreibenden wird daher stark der Gedanke an die Nothwendigkeit einer andern gesetzlichen Regelung der ganzen Konsum- und Beamtenvereins und ebenso aber auch an die Organisation einer kräftigen und entschlossenen Selbsthilfe geacht.

So erler Hinficht führt man aus, daß der bisherige Weg, nach welchem fortwährend neue Beamtenvereine, neue Waarenhäuser für Offiziere, für Beamte, für Aerzte u. s. w. gegründet wurden, nicht fortgesetzt werden könne, ohne die ganze Existenz des gesamten gewerbethätigen Mittelstandes auf das ernsteste zu gefährden. Denn was ja natürlich, als daß zu den oben angeführten Waarenhäusern noch andere weitere Waarenhäuser für die übrigen großen Stände, z. B. Rechtsanwalte, Grundbesitzer u. s. w., u. s. w., kommen würden. Auf diese Weise steuere man vollständig zum sozialdemokratischen Staate! Denn man mache so alle einzelnen jetzt noch selbstständigen Existenzen des Mittelstandes — insbesondere des Kaufmanns- und Handwerkerstandes — entweder zu völlig abhängigen Arbeitern und Sklaven dieser großen Waarenhäuser oder aber brodos und erziehlos. Die Erhaltung eines zahlreichen, kräftigen und selbstständigen Mittelstandes sei aber nach einem längst gesprochenen Worte Sr. Majestät des Kaisers nicht nur erwünscht, sondern lie sei für den ganzen Staat und dessen Aufrechterhaltung geradezu nothwendig! Am allerwenigsten aber könne zugehoben werden, daß gerade von den Beamten, welche doch zum weitaus größten Theile aus den Steuern gerade der Gewerbetreibenden ihr Gehalt erhielten, diesen durch die Konkurrenz der Waarenhäuser sozusagen das Grab mitgegraben würde! Eine Aenderung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen über Konsum- und Beamtenvereine sei daher absolut nothwendig!

Man hat zwar von gegnerischer Seite dagegen verschiedenes eingewandt; man hat sogar die Behauptung: die gewerbetreibende Bevölkerung be- als unrichtig, ja, als eine „Freiheit“ erklärt. Man sagt, die Gewerbetreibenden bezahlten nicht die Steuern, sondern sie bezahlten in den Steuern nur überhaupt die Möglichkeit einer gesicherten Existenz, eines gesicherten Geschäftsbetriebes, mit Schillers Worten also etwa: „Die heilige Ordnung, die gegenwärtige Himmelsstocher u. s. w.“ Es will aber scheinen, als wäre dies doch mehr ein Streit um Worte als um die Sache. Denn so gleichgültig es ist, ob man gegen das Kapital oder gegen die Träger des Kapitals, die Kapitalisten, eifert — ebenso gleichgültig dürfte es im Grunde sein, ob man die Ordnung oder die Träger der Ordnung, die Beamten, als das durch die Steuern der Gewerbetreibenden Bezahlte ansieht. Wir können daher diesem Grunde eine durchschlagende Kraft gegen die obigen Ausführungen nicht beimesen und halten in der That das Streben nach einer andern gesetzlichen Regelung des Konsumvereins und der Beamtenvereins für ein gesundes und kräftiges Mittelstandes als durchaus berechtigt.

Neben dieser gesetzlichen Regelung wird aber von mehreren Seiten auch noch der Weg der Selbsthilfe empfohlen. Freilich scheint der Beamte auf den ersten Blick dagegen gesitt. Aber nur auf den ersten Blick! Wir wollen nicht besonders hervorheben, daß auf Aerzte, Rechtsanwalte u. s. w., die von dem Publikum, insbesondere auch von den Gewerbetreibenden abhängig sind, Einfluß geübt werden kann. Nach unserer Auffassung sind Aerzte, Rechtsanwalte u. s. w. im Grunde nicht Beamte, sondern auch Gewerbetreibende! Aber auch der wirklich selbständige Beamte hat eine Achillesferse, an der er sterblich ist, und das sind seine Angehörigen! Denn es dürfte nur in den wenigsten Beamtenfamilien möglich sein, daß alle Söhne wieder Beamte werden und daß ebenso alle Töchter an Beamte verheiratet werden. Vielmehr hat stets eine überaus große Zahl derselben in den hiesigen gewerbetreibenden Kreisen Stellung gesucht und gefunden. Es ist außer Frage, daß mit Hinzurechnung der Angehörigen pensionirter Beamter und der Beamtenwitwen die Zahl derselben nicht nur nach Hunderten sondern nach Tausenden zählt. Nur haben sich glücklicher Weise die Verhältnisse ja noch nicht so zugefügt, daß eine Rindigung bereits angestellter oder sonst im gewerblichen Leben beruflich thätiger Beamtenangehörigen überhaupt hätte in Erwägung kommen können! Etwas anders liegt die Frage aber doch bei Neuanstellungen! Es sind bisher von vielen Seiten gerade Söhne und Töchter von Beamten beo r z u g t worden; nicht weil sie besser und tüchtiger sind, als die Söhne und Töchter der Handwerker oder kleinen Gewerbetreibenden, sondern weil man von gewerblicher Seite den schwierigen Verhältnissen einer reich mit Kindern gesegneten Beamtenfamilie, oder den geringen Pensionen und Wittvengeldern

